



Reform in Zeitlupe

Reform in Zeitlupe
EU Umweltausschuss stimmt Reform des Emissionshandels zu
Berlin, 19.02.2013. Der WWF begrüßt die Entscheidung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments die Sanierung des EU Emissionshandels voranzutreiben. Der Ausschuss hat sich heute mehrheitlich für das sogenannte Backloading ausgesprochen. "Das war ein Schritt in die richtige Richtung, doch ohne weitreichendere Reformen des Emissionshandels wird Europa seinen Kampf gegen den Klimawandel verlieren. Wir stehen am Anfang eines Marathonlaufs und bereits nach den ersten Kilometern gerät die EU in Atemnot", sagte Juliette de Grandpré, WWF-Referentin für Emissionshandel. Insgesamt gefährde ein gewaltiger Überschuss von rund 1,9 Milliarden Emissionszertifikaten das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Instruments, so der WWF. Entgegen der aktuellen Diskussion sei nicht nur die kriselnde europäische Wirtschaft ab dem Jahr 2009 für diesen Überschuss verantwortlich. Falsche Rahmenbedingungen wie beispielsweise die großzügige kostenlose Zuteilung und Nutzung von flexiblen Mechanismen - außerhalb von Europa erbrachte Emissionsreduktion, die angerechnet werden dürfen hätten die Funktionsfähigkeit des Systems von Anfang an belastet. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission nur kurzfristig 900 Mio. Zertifikate aus dem Markt zu nehmen, reiche absolut nicht aus. Um Knappheit im Markt wieder herzustellen, bedürfe es dringend weiterer Maßnahmen, wie die Verschärfung des sogenannten linearen Reduktionsfaktors und die überfällige Erhöhung des EU Klimaschutzziels auf 30 Prozent bis 2020. Durch die niedrigen Zertifikatserlöse fehlen der Bundesrepublik nun auch fest eingeplante Gelder für Projekte zur Unterstützung der Energiewende. In der EU wird so schon länger über eine Reform des Emissionshandels gestritten. Durch den geringen Preis der Verschmutzungsrechte kann das System seiner Funktion, Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen anzuregen, nicht mehr gerecht werden. Die EU-Kommission will das System stabilisieren, indem sie überschüssige Emissionszertifikate vorübergehend vom Markt nimmt, das sogenannte Backloading. Nach dem heutigen positiven Beschluss des Umweltausschusses folgt nun bis Ende April eine Abstimmung im Europaparlament sowie im Europäischen Rat. Dafür braucht der Rat dringend Rückendeckung aus Deutschland, damit der Reform-Prozess an Fahrt gewinnt. "Es ist Zeit, den Eiertanz zu beenden. Wir fordern Bundeskanzlerin Merkel auf, dass sich die Bundesregierung mit einer Stimme für die Reform des Emissionshandels ausspricht und die Vertreter im Rat mit einem klaren Mandat ausstattet", sagte de Grandpré. Weitere Informationen: Juliette de Grandpré, Tel 0151/ 1885 4937 Sylvia Ratzlaff, Pressestelle WWF, Tel.: 030-311 777 467

Pressekontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

Firmenkontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

Der World Wide Fund for Nature (WWF) ist eine der größten unabhängigen Naturschutzorganisationen der Welt und konzentriert seine Arbeit auf drei Großlebensräume: Meere & Küsten, Binnenland-Feuchtgebiete und Wälder. Er wurde 1961 (damals als World Wildlife Fund) in der Schweiz gegründet und verfügt über ein globales Netzwerk von 26 nationalen und fünf assoziierten Organisationen sowie 22 Programmbüros. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Der WWF handelt im Auftrag der Natur nach dem Prinzip Naturschutz für und mit Menschen. Die Umweltstiftung WWF Deutschland wurde 1963 als gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Stiftung gegründet. Naturschutz war damals für viele noch ein Fremdwort. Heute ist die Umweltstiftung mit 284.000 Förderern (Stand 2004) eine der größten privaten Non-Profit-Organisationen des Landes. Die meisten Projekte des WWF Deutschland seit 1963 waren es über 2.100 sind erfolgreich verlaufen. Im Jahr 2004 war der WWF Deutschland in 48 internationalen und 30 nationalen Naturschutzprojekten aktiv von der Bewahrung der Tropenwälder in Indonesien und Zentralafrika über den Schutz der mittleren Elbe bis zur politischen Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. 19,3 Millionen Euro flossen 2004 in die Naturschutzarbeit.